

# Pressemitteilung

**Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Bezirk  
Berlin-Brandenburg**

**Abteilung Presse**

PM 52/08  
13.08.08

## **Konjunkturprogramme ohne Tabus debattieren**

Für viele Arbeitnehmer war der Aufschwung kaum spürbar, da droht bereits der wirtschaftliche Abschwung: Angesichts wachsender Belastungen vor allem über Massensteuern sowie Reallöhnen, die wieder auf dem Niveau der 90er Jahre liegen, plädiert der DGB dafür, die schleppende Binnenkonjunktur mit einem Bündel an Maßnahmen in Gang zu setzen. Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg verwies darauf, dass über die Binnenkonjunktur ein Großteil an ökonomischer Schubkraft möglich sei. Doch zehrten Inflationsrate sowie steigende Sozialabgaben an den Einkommen. Im Übrigen lägen die Löhne in Ostdeutschland noch immer durchschnittlich 30 Prozent unter Westniveau.

E-Mail:  
[Dieter.Pienkny@dgb.de](mailto:Dieter.Pienkny@dgb.de)

Internet:  
[www.Berlin-Brandenburg.DGB.de](http://www.Berlin-Brandenburg.DGB.de)

Scholz sagte, der Vorschlag des „Wirtschaftsweisen“ Prof. Peter Bofinger zusätzliche „Steuerschecks“ an die Bürger zu vergeben, sollte genauso ernsthaft bei den politisch Verantwortlichen diskutiert werden wie die Anregung, über mehr öffentliche Investitionen in Bildung und Klimaschutz die Wirtschaft anzukurbeln. Niemand müsse sehenden Auges in eine Rezession schlittern. Ohnehin lägen die öffentliche Investitionen Deutschlands im europäischen Durchschnitt auf einem Abstiegsplatz. Über positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte finanziere sich ein Konjunkturprogramm zum großen Teil selbst. Die Bundesregierung sei gut beraten, nicht nur die Bildungsoffensive anzukündigen, sondern sie auch umzusetzen. Bei den Bildungsausgaben liege Deutschland auf dem viertletzten Platz von 27 EU-Staaten. Damit werde Deutschland beim Wettbewerb um die klügsten Köpfe keinen Blumentopf gewinnen. Der weitere Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge beschädige die soziale Infrastruktur und damit auch das Fundament der Gesellschaft.

Es stünde einem reichen Lande wie Deutschland, in dem die Gewinnsteuern von 35 Prozent 1960 auf 20 Prozent in 2006 gesunken seien, gut zu Gesicht, die Sozialtransfers anzuheben: Hartz-IV-Empfänger gäben jeden Euro aus. Eine Aufstockung des Kinderzuschlags von 140 auf 150 Euro im Monat sei gerechtfertigt. Kinder bräuchten eine eigene, angemessene Unterstützung. Dadurch entstünde mehr soziale Sicherheit und wirtschaftliche Absicherung, so Scholz.



Verantwortlicher  
Redakteur:  
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3  
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111  
Telefax 030 - 21240-114